

Warum so wütend?

Die deutsche und die griechische Regierung verhalten sich wie zwei Eheleute kurz vor dem Scheidungstermin. Sie denken nur an sich.

VON MARC BROST

Als Angela Merkel erstmals Kanzlerin wurde, brach sie alle Sparvorschriften der EU. Im Herbst 2005 war Deutschland das wirtschaftliche Schlusslicht Europas, die Arbeitslosigkeit lag bei fünf Millionen, und die Krise hatte Merkels Vorgänger das Amt gekostet. Die neue Regierungschefin scherte sich nicht um die Regeln des europäischen Stabilitätspaktes. Sie machte einfach noch mehr Schulden – 25 Milliarden Euro obendrauf. »Statt über Sparen und Reformieren nachzudenken, beschließt die Regierung ein Wohlfühlprogramm«, ätzte die Welt. Merkel plane »einen Bundeshaushalt mit Rekorddefizit, der weder verfassungsgemäß ist noch die Maastricht- Kriterien erfüllt«.

Was damals in Deutschland geschah, liest sich wie eine Beschreibung der Ereignisse in Griechenland heute: Die Krise sitzt tief, die alte Regierung wurde aus dem Amt gefegt, und die neuen Verantwortlichen denken erst einmal daran, wie sie ihr Land kurzfristig stabilisieren können. Mit dem Unterschied, dass Merkel den Griechen verwehrt, was sie sich einst selbst gönnte.

Man könnte also einmal in Ruhe darüber reden, welcher Weg für die neue griechische Regierung denn nun der richtige ist. Ob es zum Beispiel nicht sinnvoll sein könnte, angesichts der sozialen Schieflage im Land die Spar- und Reformauflagen zeitlich ein wenig zu strecken. So wie es Deutschland 2005 unter Merkel tat. Aber in Ruhe reden und nüchtern Argumente austauschen, das geht zwischen Deutschen und Griechen schon lange nicht mehr. Man erlebt das, wenn der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras wütend wird, weil er sein Land um »Stolz« und »Würde« beraubt sieht. Wenn der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble der neuen Regierung in Athen vorwirft, sie habe »das Vertrauen der europäischen Partner komplett zerstört«. Das ist jetzt so die Ebene. Schäuble etwastört sich daran, dass Griechenland auf einmal die bereits zugesagten Privatisierungen stoppen will. Nun könnte man darüber diskutieren, ob der Verkauf von Staatsbesitz wirklich in jeder Situation sinnvoll ist. Ob die Ankündigung von Massenprivatisierungen nicht vielmehr dazu führt, dass die Preise sinken, weil die potenziellen Käufer ja wissen, unter welchem Druck der Verkäufer steht. Man könnte auch darüber diskutieren, welche Erfahrungen wir in Deutschland mit Massenprivatisierungen gemacht haben, Anfang der neunziger Jahre, als die staatliche Treuhand den Restbesitz der DDR verscherbelte und hinterher selbst konservative Politiker

einräumten, dass manches wohl überhastet und vorschnell geschehen sei. Aber diese Diskussion findet nicht statt. Nicht zwischen griechischen und deutschen Politikern. Und auch nicht in den Talkshows im Fernsehen.

Man muss sich dazu gar nicht an die Sendung von Günther Jauch aus der vergangenen Woche erinnern, in der Griechenlands Finanzminister als »italienischer Bruce Willis« vorgestellt wurde, nur um sich dann von Bild-Kommentator Ernst Elitz vorhalten zu lassen, er habe »mehrere Gläser Weichspüler« getrunken. Nein, es reicht, sich irgendeine der gefühlten 125 Talkshows zur Griechenlandkrise anzusehen, die seit Mai 2010 ausgestrahlt wurden. Dort sitzen die immer gleichen Politiker und bringen die immer gleichen Argumente. Sogar die meisten Fragen ahnt man. So erwartbar ist der Disput.

Und das ist das eigentlich Erstaunliche: Wir reden, aber wir reden aneinander vorbei. Wir diskutieren, aber wir hören einander nicht zu. Nach fast fünf Jahren Griechenlandkrise sind wir anscheinend kein bisschen schlauer geworden. Nur härter. Man könnte denken, alle Beteiligten hätten inzwischen begriffen, welche Krisenbewältigungsrezepte funktionieren und welche nicht. Man könnte davon ausgehen, dass beide Seiten – Deutsche wie Griechen – aufeinander zugehen und sagen: Okay, da ist was schiefgelaufen in der Vergangenheit, aber wir bauen jetzt auf den Gemeinsamkeiten auf. Stattdessen verharren wir argumentativ dort, wo wir immer schon standen.

Am Montag und Dienstag war Alexis Tsipras auf Staatsbesuch in Berlin, und wenn man die Nachrichten dieser 48 Stunden isoliert betrachtet, dann könnte man jetzt an die große Versöhnung glauben. Leider ist es aber ziemlich wahrscheinlich, dass es so weitergehen wird wie bisher; dass wir fortfahren, ein schier unendliches Beziehungsgespräch zu führen. Wie ein zerstrittenes Ehepaar kurz vor dem Scheidungstermin. Warum ist das so? Was macht uns so wütend?

1. Nation und Nationalismus

Reden wir über das deutsche Selbstverständnis, über unsere Rolle in Europa und darüber, was wir von anderen Staaten erwarten. »Werdet so wettbewerbsfähig wie wir«, lautet die Botschaft, die wir seit Ausbruch der Krise nach draußen senden. Wir wollen Europa nach unserem Vorbild formen, und allein das ist schon ein Bruch mit der Tradition. Tatsächlich geht es Deutschland, ökonomisch gesehen, im Großen und Ganzen gut, während viele andere Staaten der Euro-Zone darben. Dass freilich das eine mit dem anderen zusammenhängen könnte – unsere prosperierende Wirtschaft und die Krisensymptome der anderen –, wehren wir ab. Es passt nicht zu unserer nationalen Sicht auf die Dinge.

Einer, den man heute gern dazu befragen würde, ist Johan Eekhoff, ein früherer

Wirtschaftsprofessor aus Köln. Eekhoff war immer ein Ordoliberaler (ein Hardliner, würden Linke sagen). Er war für Hartz IV und die deutschen Sozialreformen, wahrscheinlich würde er heute bei Angela Merkel Gehör finden. Allerdings: 2004 schrieb Eekhoff einen Beitrag für das Handelsblatt, der sich aus heutiger Sicht so liest, als habe ihn der griechische Finanzminister verfasst. Ausgerechnet der liberale Eekhoff räumte darin mit der deutschen Idee auf, Exportüberschüsse seien ein Beleg für Wettbewerbsfähigkeit. »Das Gegenteil kann der Fall sein«, schrieb Eekhoff.» «Exportüberschüsse werden nämlich und gerade auch dann erzielt, wenn die Investoren den Standort Deutschland meiden.« So ähnlich argumentieren auch deutsche Unternehmer, die neue Fabriken derzeit lieber im Ausland bauen als hierzulande. Aber auch sie werden nicht gehört.

Johan Eekhoff starb im März 2013. »Niemand sollte sich an das Bild des Exportweltmeisters klammern«, schrieb er 2004 in seinem Beitrag. »Es gibt kein originäres Interesse daran, einen Exportüberschuss zu erzielen.« Aber genau das geschieht heute. Deutschland wird sogar »Exportnation« genannt, ganz so, als gäbe es einen innereren Zwang, auf Importe zu verzichten.

Weil innerhalb der Euro-Zone nicht alle Staaten gleichzeitig Exportüberschüsse erwirtschaften können (sondern Überschüsse und Defizite sich ausgleichen müssen), müsste man eigentlich fordern, dass Deutschland als wirtschaftlich stärkste Macht ein wenig schwächer werden sollte, um die anderen Schwachen zu stärken. Man müsste dafür sorgen, dass Deutschland zum Beispiel viel mehr investiert und weniger spart, da schon alle anderen Staaten sparen müssen. Klingt abwegig? Ein wichtiges Mitglied der Regierung hat diesen Gedanken sogar schon mal ausgesprochen.

2. Politik und Populismus

Im November 2010 hält Wolfgang Schäuble einen Vortrag an der Universität Sorbonne in Paris. Er spricht über Deutschlands Verantwortung für den Zusammenhalt der Euro-Zone. Und er zitiert den amerikanischen Ökonomen Charles Kindleberger: Stabilität innerhalb einer Gemeinschaft entstehe angesichts nationaler Egoismen nicht von selbst. Es brauche eine Führungsnation, einen wohlwollenden Hegemon, der innerhalb der Gemeinschaft zu Zugeständnissen bereit sei. »Kindlebergers zentrale Botschaft ist im Jahr 2010 wichtiger denn je«, sagt Schäuble. Bloß: Er selbst hält sich anschließend nicht daran.

Seit Amtsantritt der neuen griechischen Regierung hat Schäuble die Auseinandersetzung mit seinem Amtskollegen Yanis Varoufakis gesucht – genauso, wie dieser die Auseinandersetzung mit Schäuble suchte. Die Syriza-Regierung forderte deutsche Reparationen und bediente damit die

Stimmung im eigenen Land. Und Schäuble? Wollte in Deutschland ganz bewusst als derjenige gelten, der den Griechen die Grenzen aufzeigt – ganz so, als würde allein er über deren Zukunft entscheiden, und nicht die Euro-Gruppe im fernen Brüssel. Aus dem Streit zwischen Athen und Brüssel wurde ein Streit zwischen Athen und Berlin.

Man kann inzwischen nicht mehr sagen, ob Schäuble die Griechen noch in der Euro-Zone halten will oder doch lieber nach draußen befördern möchte. Ob er gar auf einen Mittelweg hofft: die ungeliebte Linksregierung in Athen loszuwerden, aber die Griechen dennoch im Euro zu halten. Indem Schäuble diese Ungewissheit zulässt, bedient er die antigriechischen Ressentiments gleich mit. Inzwischen ist die Mehrheit der Deutschen dafür, dass Griechenland die Euro-Zone verlässt. Und das liegt auch an Wolfgang Schäuble.

3. Medien und Mainstream

Natürlich hat Kindlebergers Theorie der hegemonialen Stabilität einen Haken: Sie ignoriert die Rolle der Medien. Es ist ja schon einigermaßen schwer, von einer Regierung zu verlangen, sie solle das eigene Land wirtschaftlich schwächen, um anderen Ländern zu helfen. Nahezu unmöglich wird es aber, wenn einen der Boulevard dafür grillt. Als sich Merkel im März 2010 den ersten griechischen Wünschen widersetzte, jubelte Nikolaus Blome in der Bild: »Nie wieder Zahlmeister Europas! An unserer Kanzlerin beißt sich Europa die Zähne aus.« Als Merkel im Mai doch zustimmte, schrieb Blome in der Bild: »750 Milliarden für Pleite-Nachbarn, aber Steuersenkung gestrichen. Wir sind wieder mal Europas Deppen!«

Auch das ist ein Problem in der Euro-Krise: Es gibt keine paneuropäischen Medien. Nur nationale Reflexe. Etwa wenn es in deutschen Medien heißt, »die Spanier« seien entsetzt darüber, wie »die Griechen« jetzt in Europa auftreten würden. Mal abgesehen davon, dass »die Spanier« damit vor allem unsere nationale, deutsche Sicht bestätigten: Wissen wir wirklich, wie »die Spanier« denken?

Jede Zeitung, jeder TV-Sender bedient das nationale Publikum, das ist überall in Europa so. »Die Folge ist ein Auseinanderdriften der Debatten«, schreibt der Dortmunder Journalistikprofessor Henrik Müller. »Jede Nation ist auf ihrem eigenen Trip. Jede folgt ihren eigenen Erzählungen, Vorurteilen, Deutungen, Mythen.« Die Zuspitzung der Griechenland-Krise sei ein Extremfall, sagt Müller: »Sowohl die Griechen als auch die Gläubigerländer fühlen sich übervorteilt. Wenn sich aber alle als Opfer fühlen, werden Kompromisse unmöglich.«

4. Das Integrationsparadox

Aus der Migrationsforschung kennt man das interessante Phänomen, wonach eine Gesellschaft umso heftiger über Zuwanderung streitet, je weiter die Integration im Land vorangeschritten ist. Man nennt es: das Integrationsparadox. Weil die Gesellschaft einem breiten Konsens folgt, franst die Diskussion an den Rändern aus. Der Ton wird schärfer. Die Integrationsgegner wännen sich in der Minderheit und treten schriller auf.

Das wäre dann tatsächlich die gute Nachricht im ganzen Wahnsinn dieser Tage: Wenn Nationalismus und Wut nicht nur daher rührten, dass das Zusammenleben in der Währungsunion so kompliziert geworden ist. Sondern ein Beleg dafür wären, wie sehr Europa gerade unaufhaltsam zusammenwächst.

DIE ZEIT Nr. 13, 26. März 2015